

Erscheint wöchentlich zwölfmal mit illust. Sportblatt, Techn. Illustr. „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Musikspiegel“, „Illustrierter Film-Kultur“, „Lese-Spiegel“, „Ulk“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Wede Woche Musik“, Bezugspreis wöchentlich 1,20, monatlich 5,00, einzeln Zustellung durch die Postämter, im Voraus zahlbar, durch die Post 3,00 monatlich inkl. Zustellung Ausland-Brief, durch die Hauptpost und die Postanstalten in Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland, für alle übrigen Staaten des Festes nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezuhler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatz. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition S.W. 19, Jerusalem-Str. 40-42 und den ebenfalls aufgeführten Filialen (Postzettel: Donhoff 3440-3462, für d. Fernverkehr 4297-4299) Tel. Adr.: „Berlita“, Berlin Radolf-Moos-Codex-Postfachkonto; Nr. 224, Anzeigerpreis: Die Tageszeitung 20 Pf. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmten Ausgaben oder an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.



Insertaten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalem-Strasse 40-42. Filialen: Badstr. 61; Bismarckstr. 20, Fennstr. 1; Fidinistr. 9; Frankl-Allee 236 u. 346; Grafenwälder Str. 107; Gr. Frankl-Str. 101; Kottbusstr. 3; Königstr. 10; Kopenicker Str. 67/68; Strasse 49; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Turmstr. 61; Wieser Str. 1-6; Zimmerstr. 50; Charlottenburg, Kaiserstr. 29, Kastr. 24, Kurländer Str. 29/28; Schumannstr. 20; Tauentzienstr. 7; Opernpl.; Schlossstr. 1; Friedenstr. Rheinstr. 19; Hallesche Grunewald; Hohensteinplatz; Lichtenberg; Kaiser-Friedrich-Str. 228; Niederschönhausen, Brückenstr. 22; Pankow, Bernauer Str. 1; Schmalgraben; Breite Str. 3; Schöneberg, Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 41; Hermannstr. 63/64; Lichterfelde West, Carier 12; Neukölln, Berliner Str. 41; Oranienburger Str. 1; Schmalgraben; Weissenhof; Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf; Kaiserplatz 13, Ullander 28; in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel Hauptstr. 4; Brossen; Schweidnitz Str. 5; Frankfurt a. d. Oder; Regenerstr. 22; Stettin; Mühlentstr. 31; Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Der Berliner Tageblick

Nr. 141 und Handels-Zeitung 57. Jahrgang Ausgabe für Berlin Freitag, 23. März 1928

Die Scheidenden und die Kommenden.

Was hat die Kammer von 1924 geleistet? — Was wird die Kammer von 1928 bringen? Von unserem Korrespondenten Paul Bloch.

Paris, 21. März. Der letzte Tag der Kammer des Kartells, Fünfzehn Deputierte sind versammelt als der Präsident Bouisson die Morgensitzung eröffnet. Sieben Männer der Rechten und der Mitte, sechs Radikale, unter ihnen Cazals und Loucheur, der genau genommen, kein Radikaler ist, zwei Kommunisten. Fünfzehn von den Fünfhundertvierundzwanzig, die am 11. Mai 1924 gewählt wurden! Gewiß mit lautem Triumphgeschrei, mit vielen Hoffnungen und mit noch mehr Versprechungen. Was ist von alledem heute übrig geblieben? Was immer übrig bleibt von jedem Menschenwerk: Erinnerung und, trotz der Enttäuschung, neue Hoffnung.

Ist die Enttäuschung vollkommen berechtigt? Die Nachrufe der französischen Zeitungen für die scheidende Kammer sind weniger freundlich als die Abschiedsreden des Kammerpräsidenten Bouisson. Dennoch, nehmt alles nur in allem, muss sich der Tadel mindern, wenn die Bilanz gerecht gezogen wird. Die Wahlen von 1924 erfolgten unter dem ungewöhnlichen Druck, den die nationalistische Politik Millerands und der verdröbelte Fehler der Ruhrbesetzung auf das Gewissen Frankreichs ausübte. „Frankreich will den Frieden!“ las man damals in allen Blättern der Linken, und alle Redner der Kartellparteien nahmen diesen Ruf auf. Diese Lösung einte die Scharen der Wähler zum Sieg. Und zu welchem Sieg! Es wird gut sein, sich heute daran zu erinnern, was alles im ersten Ansturm erreicht wurde. Der Präsident der Republik, Millerand, der in merkwürdiger Selbstüberschätzung den wackelnden Nationalblock durch seine wackelnde Autorität zu stützen versuchte, wurde zur Abdankung gezwungen. Der Ministerpräsident Poincaré, schon damals klüger als seine zögernden Kollegen, teilte am 13. Mai, noch vor den Stichwahlen, mit, dass die Regierung am 1. Juni zurücktreten würde. Die Asche des gemordeten Jaurès wurde, ein unvergesslicher Tag für alle, die ihn mitreißend haben, auf einen Triumphwagen von Arbeitern zum Pantheon gezogen — eine grossartige Symbolisierung des Willens zum Frieden. Noch mehr: die Beziehungen zu Russland wurden aufgenommen, die Beziehungen zum Vatikan in undiplomatischem Ueberschlag radikaler Begeisterung abgebrochen. Amnestie, Herabsetzung der Steuern, Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen mit allen Völkern — wenn alles, was damals in dem Programm der Sieger zu lesen war, sich hätte erfüllen können: das goldene Zeitalter eines neuen Europa wäre erschienen.

Doch leider: der Triumph war so gross und so überraschend, dass Rückschläge nicht ausbleiben konnten. In einem Artikel, der unter dem Titel „Die gefährliche Pause“ im „Berliner Tageblick“ bald nach dem Sieg des Kartells erschien, wurde die Befürchtung ausgesprochen, dass durch rücksichtsvolle Kompromisse aus der kraftvollen Tat vielleicht eine schwächliche Verweissung werden könnte. Und so geschah es. In der Pause zwischen dem 11. Mai und dem 1. Juni 1924, die den Sieg des Kartells durch die Vorbereitung einer starken Linkserregung hätte besiegeln müssen, wurde bereits trotz allen Fanfaren für die Zukunft mit der Vergangenheit faktiert. Herriot, auf den die Augen der Friedensfreunde gerichtet waren, sprach sich über das Verhältnis zu Deutschland mit einer Vorsicht aus, die heute lächeln erregt. Der sozialistische Kongress beschloss nach langen Beratungen am 2. Juni, eine Beteiligung der Sozialisten an einer radikalen Regierung vorläufig abzulehnen. — und dieser Beschluss wurde gefasst, nachdem Herriot in einem Briefe an Léon Blum sein Regierungsprogramm auseinandergesetzt hatte. Nach dem Abgang Millerands wurde zum Präsidenten der Republik nicht der Kandidat des Kartells, Painlevé, sondern der gemässigte Radikale, Doumergue, gewählt. Die Scheidung vom Vatikan erwies sich bald als ein diplomatischer Fehler, der korrigiert werden musste. Die neue radikale Regierung stand schwächer, als sie erwartet hatte, vor einer Aufgabe, die über jede Erwartung gross und schwer war.

Die Anhänger des alten Nationalblocks behaupten, dass die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen Frankreich in diesen Jahren zu kämpfen hatte, durch die Regierung der stieglichen Mehrheit geschaffen

Der Vorwurf der Sabotage zurückgegeben.

„Gewisse Bestimmungen des Völkerbunds paktes müssen auf dem Altar des Friedens geopfert werden!“ (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 22. März. Die grosse Auseinandersetzung über den russischen Abrüstungsvorschlag, die fünf Sitzungen in Anspruch nahm, gipfelte heute nachmittag in einer langen Rede Litwinows, in der er auf die Kritiken und Angriffe, vor allem diejenigen des Lords Cushead, erwiderte. Der Sowjetdelegierte führte aus: Er begrüsse es, dass sich 19 Delegierte zu dem Vorschlag geäußert hätten. Besonders dankbar sei er dem britischen Vertreter, der den Bereich der Diskussionen erweitert und Fragen von grösster Wichtigkeit vorgebracht habe. Er wolle rückhaltlos reden, ebenso wie es der britische Vertreter getan habe, und auch auf Fragen eingehen, die nicht zur Sache gehören. Lord Cushead habe nach drei Motiven gefragt, welche die Sowjetregierung veranlassen hätten, mit solch dramatischer Fälligkeit hier zu erscheinen. Er habe auch gefragt, warum sie bisher die Abrüstungsarbeiten selbst nicht haben. Hierauf könne er mit der Gegenfrage erwidern, ob die britische Regierung ihre Delegation aus reiner Friedensliebe hierher geschickt und was sie bisher für die Abrüstung getan habe? Die britische Regierung und die übrigen Regierungen hätten bisher nichts getan, um die hier gestellte Frage zu lösen. Sie hätten es unmöglich gemacht, dass jetzt die zweite Lösung des Kommissionsentwurfes beginnen könne. Vielleicht könne man auch dies als Sabotage bezeichnen. Die Sowjetregierung sei immer am Friedensproblem und an der Verhütung des Krieges interessiert gewesen. Sie sei die erste unter den kriegführenden Regierungen gewesen, die die Teilnahme am Kriege eingestellt und zu alle übrigen Regierungen appelliert habe, diesem Beispiel zu folgen. Schon im Jahre 1922 habe sie auf der Konferenz von Genoa vorgeschlagen, die allgemeine Abrüstung zuerst zu behandeln. Dieser Vorschlag sei aber nicht angenommen worden. Während ihrer zehnjährigen Bestehens habe die Sowjetregierung keinen Staat angegriffen, keinen Krieg geführt und an keinem Kriege teilgenommen. Die Tatsache, dass sie ohne jede Verpflichtung gegenüber dem Völkerbund zur Mitarbeit an der Abrüstungsfrage erschienen sei, beweise ihre Aufrichtigkeit. Dafür, dass sie an den ersten drei Kommissionsstungen nicht teilgenommen habe, trage der Völkerbund die Verantwortung. Seitdem die Sowjetregierung an den Arbeiten teilnehme, habe sie die stärkste Initiative gezeigt und ihr Möglichstes ge-

tan, um die Abrüstungsarbeit zu beschleunigen. Bei der Entsendung ihrer Delegation sei sie nur von dem Beweggrund geleitet gewesen, die Völker von der Last des Militarismus und des Krieges zu befreien. Zur Haltung der Sowjetregierung gegenüber dem Völkerbund erklärte Litwinow, sie habe niemals aus ihrer Auffassung gegenüber dem Völkerbund einen Hebel gemacht. Sie werde sich auch bei ihrer Teilnahme an der Abrüstungskonferenz nur denjenigen Verpflichtungen unterwerfen, die sie gemeinsam mit anderen Nationen unterzeichnet habe.

Der Redner verwies dann auf die Haltung der Vereinigten Staaten, die bei der dritten Kommissionsstunde erklärt hätten, sie könnten die Rechtspredung des Völkerbundes nicht annehmen, da sie ihm nicht angehörten. Der derzeitigen britischen Politik würde der Beitritt Sowjetrusslands zum Völkerbund wahrscheinlich gar nicht erwünscht sein. Die Sowjetregierung denke aber auch nicht daran, ihm beizutreten. Auf den Hinweis von Lord Cushead, dass das russische Regierungsorgan, die „Lawetits“, sich höflich über die Erfolglosigkeit der Abrüstungsarbeit des Völkerbundes geäußert habe, erwiderte der Sowjetdelegierte, dass ein Pariser konservatives Blatt noch viel schärfer gewesen sei, indem es schrieb: „Die im Völkerbund gegen den Krieg gehaltenen Reden sind nicht wirksamer als Negergesänge.“ Litwinow führte weiter aus, da der Völkerbund gegründet sei, um den allgemeinen Frieden zu sichern, dürften gewisse Pakbestimmungen, die ein militärisches Vorgehen zulassen, kein Hemmnis für eine allgemeine Abrüstung bilden. Der Pakt sei kein unveränderliches Gesetz, und der Völkerbund selbst habe bereits gewisse Veränderungen ins Auge gefasst. Man müsse bereit sein, bestimmte Artikel des Paktes auf dem dem Altar des Friedens zu opfern. Man erhebe den Vorwurf, dass der russische Vorschlag keine Bestimmungen über Sicherheit, Beilegung von Konflikten usw. enthalte. Aber man habe ja kein universales Heilmittel vorgeschlagen wollen. „Sie würden“, fuhr der russische Vertreter unter Heiterkeit fort, „ein solches auch nicht sogleich angenommen haben.“ Man wolle vor allem das Unheil des Krieges beseitigen. Es werde hauptsächlich bei völliger Abrüstung würden sich industriell entwickelte Länder leichter bewaffnen und grosse Länder eine Gefahr für kleinere Nachbarn bilden. Aber Russland habe China und Indien mit Hunderten von Millionen zu Nachbarn und fürchte von diesen dennoch keinen Einfall. Die Sowjetregierung schlage die gänzliche Beseitigung der Kriegsindustrien vor. Er wisse darauf hin, dass selbst die Vereinigten Staaten im Kriege über 20 Monate gebraucht hätten, um eine Kriegsindustrie zu entwickeln. Die vorgeschlagene internationale und örtliche Kontrolle werde die Industrie entsprechend überwachen können. Das Beispiel Deutschlands zeige die Möglichkeit einer solchen Überwachung. (Fortsetzung auf Seite 2)

worden seien. Die Behauptung ist falsch. Der erste Finanzminister des ersten, am 15. Juni 1924 gebildeten Kabinetts Herriot, der Senator Clémentel, hat die Situation vor einigen Tagen in einer Fraktionssitzung so geschildert, wie sie war. In den letzten Monaten vor den Wahlen (also zur Zeit des Nationalblocks) waren die Nöte gross geworden. Jede Anleihe erschien als unmöglich. Das französische Kapital floh ins Ausland. Die schwebende Schuld betrug mehr als neunzig Milliarden. Gewaltige Zahlungen waren in kurzen Fristen zu leisten. Vier Tage nach der Bildung der Regierung Herriot, am 19. Juni, verzeichnete die Wochenbilanz der Bank von Frankreich: 23 Milliarden direkte Vorschüsse, 1388 Millionen indirekte Vorschüsse. In der Kasse aber war ein Bestand von 18 Millionen! So sah die Erbschaft aus, welche die Regierung Herriot antreten musste. Es gehörte ein ungeheurer Mut dazu, den Kampf mit der fortschreitenden Verwirrung aufzunehmen. Dennoch ging die Kammer kühn an die Arbeit. Die Fehler, die dann gemacht worden sind, brauchen in diesem Rückblick nicht noch einmal aufgezählt zu werden. Es fehlte nicht an Plänen und am Wagemut zu Experimenten. Zu viele Pläne, zu viele gewagte Experimente! „Wir wollen das Ideal finden!“ soll Herriot gesagt haben. In dem Suchen nach idealen Lösungen wurden aber die Realität der Dinge übersehen, bis der Realist Poincaré kam und zu rechnen begann.

Die Kammer von 1924 hat in jenen ersten beiden Jahren ihrer Arbeit durch masslose Diskussionen den Regierungen, die sie stürzte, die Arbeit nicht erleichtert. Sie wurde durch, als die Regierung der nationalen Einig-

keit gebildet war, achtzehn Monate lang ein oft allzu gefügiges Werkzeug in der Hand des Mannes, den das Parlament der Sieger für immer beseitigt zu haben glaubte: in der Hand Poincarés. Trotz dieser Verstrickung aus Uneinigkeit und Schwäche ist aber die Kammer der Kartellwahlen während ihres ganzen Bestehens ein Ideal immer treu geblieben: dem Ideal des Friedens. Die äussere Politik Frankreichs ist von 1924 bis 1928 immer ehrlich für die Verständigung gewesen. Loarno, Thoiry, Genf sind die Etappen dieser Entwicklung und die Annäherung Frankreichs an Deutschland hat eine Atmosphäre geschaffen, die einen Witterungsumschlag für die nächste Zeit nicht befürchten lässt. Poincaré hat die Kammer von 1924 gewonnen, aber die Friedenspolitik des Kartells hat über den Mann der Ruhrbesetzung gesiegt. Dies ist die Erbschaft, welche die scheidende Kammer ihren Nachfolgern hinterlässt, und diese Erbschaft sieht anders aus, als der Scherbenhaufen des Nationalblocks im Jahre 1924.

Wie aber wird jetzt die nächste Kammer sein? Es ist schwer, den Propheten zu spielen, besonders, weil die Veränderung des Wahlsystems jede Berechnung auf früherer Grundlage erschwert. Dennoch, es lassen sich einige Folgerungen ziehen, wenn man von dem, was nicht sein wird, auf das werdende zu links oder nach rechts gehen, wie es für eine volkstümliche Darstellung des Resultats bequem wäre. Es gibt Probleme, über welche bei den meisten Parteien Einigkeit herrscht, wie das Problem der finanziellen und wirtschaftlichen Sicherung, und es gibt andere Fragen, über